

THEMA DER WOCHE

NACHRICHTEN

MARIENTHAL

Mann stirbt nach Angriff in Restaurant

Nach einem Streit zwischen mehreren Menschen in einem Restaurant in Hamburg-Marienthal ist ein Beteiligter an seinen Verletzungen gestorben. Zeugen brachten die lebensgefährlich verletzte Person zunächst ins Krankenhaus, wo sie dann aber ihren Verletzungen erlag, wie die Polizei mitteilte. Viele Details etwa zu Verdächtigen oder der Art der Verletzungen nannte die Polizei zunächst nicht. Die Auseinandersetzung ereignete sich gegen 21.30 Uhr in und auf dem Parkplatz vor eines Restaurants im Stadtteil Wandsbek. Den Angaben zufolge kam es zudem an dem Krankenhaus in Marienthal zu einem größeren Polizeieinsatz. Mehrere Menschen hätten versucht, den Verletzten aufzusuchen und dadurch den Krankenhausbetrieb gestört, hieß es. dpa

INDUSTRIE IM NORDEN

Weniger Abhängigkeit von den USA

Infolge der protektionistischen US-Handelspolitik versuchen Industriebetriebe in Norddeutschland, ihre Abhängigkeit von den USA zu verringern. Das ist das Ergebnis einer Blitzumfrage der Industriearbeitgeberverbände Nordmetall und AGV Nord. Mehr als jeder vierte Betrieb gibt demnach an, in der digitalen Infrastruktur die Abhängigkeit von den USA verringern zu wollen. Die Firmen sind beispielsweise auf der Suche nach anderen Anbietern von Software- und KI-Anwendungen. „Jeder Handelskonflikt mit den USA trifft auch die norddeutsche Wirtschaft empfindlich, und das Vertrauen in die seit mehr als hundert Jahren gewachsenen Beziehungen erodiert stetig“, sagte der Nordmetall-Hauptgeschäftsführer, Nico Fickinger. ino

NAHVERKEHR

Studie sieht deutlich steigende Kosten

Hamburg rechnet in den kommenden Jahren mit stark steigenden Kosten für den öffentlichen Nahverkehr. Schon ein moderater Ausbau von fünf Prozent und die Sanierung der Schienen würde 2040 rund zwei Milliarden Euro pro Jahr erfordern – gut doppelt so viel wie heute. Der Senat plant jedoch einen deutlich größeren Schritt: 40 Prozent mehr

Angebot binnen 15 Jahren. Nach Berechnungen von VDV-Landeschef Jan Beils kämen damit jährliche Kosten von etwa 3,6 Milliarden Euro auf die Stadt zu. Beils spricht von einer Steigerung um 289 Prozent gegenüber den heutigen Ausgaben. Das Gutachten sorgt auch in der Verkehrsbehörde für Aufmerksamkeit. Verkehrsminister Anjes Tjarks (Grüne) sieht darin einen Anlass zur Prüfung, hält aber grundsätzlich am Ziel eines kräftigen Ausbaus fest. Das Sondervermögen eröffne dem Land zusätzliche Handlungsspielräume, sagte er. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen warnt zudem vor finanziellen Mehrbelastungen durch die laufenden Tarifverhandlungen. Eine Lohnsteigerung von 7,5 Prozent, wie sie ver.di für Beschäftigte etwa der Hochbahn fordert, würde nach Einschätzung des VDV die Defizite der Verkehrsunternehmen weiter vergrößern. jau

MUSIKWIRTSCHAFT

Hamburg Music fordert „Kulturdividende“

Hamburg Music Business e. V. drängt auf eine strategische Stärkung des Musiktourismus. Musik sei der wichtigste Reiseanlass für Hamburg-Besucher; 2019 wurden 914 Millionen Euro Umsatz erzielt. Der Verband fordert neue Formate, mehr internationales Marketing und eine engere Abstimmung zwischen Musikwirtschaft und Behörden. Zudem soll ein zentraler Erlebnisort auf St. Pauli entstehen. Teile der Kultur- und Tourismussteuern sollen künftig gezielt in musiktouristische Angebote als „Kulturdividende“ reinvestiert werden. jau

MUSICALS

„Der Teufel trägt Prada“ kommt

Rund 20 Jahre nach dem Kinoerfolg feiert „Der Teufel trägt Prada“ im Dezember in Hamburg als Musical Deutschlandpremiere. Die Geschichte verbinde Mode, Macht und Moral und erzähle zeitlos von Karriereambitionen, Selbstfindung und dem Preis des Erfolgs, teilte Stage Entertainment zum Start des Ticketverkaufs mit. Die Aufführung ist im Stage Theater Neue Flora geplant. Das Musical wird bereits erfolgreich in London am West End aufgeführt. In dem Musical geht es um die Journalistin Andy, die einen Job bei einem Modemagazin bekommt und dort unter einer herrischen Chefredakteurin zu leiden hat. 2006 kam „Der Teufel trägt Prada“ mit Anne Hathaway und Meryl Streep ins Kino. ino



Es passiert selten, dass Karin Heinrich in ihrer monatlichen Talkrunde eine Meinung derart missfällt, dass sie am liebsten dazwischengehen möchte. Stattdessen atmet sie tief ein und aus, zwingt sich zuzuhören. Oft verändert sich der Tonfall in der Gruppe bereits nach wenigen Minuten wieder, weicht die Schärfe, mischen sich weitere Stimmen ein. Das Gespräch findet einen neuen Rhythmus. Und das Unbehagen, das eben noch spürbar war, löst sich auf. Es ist ein Lernprozess für die 69-Jährige, ausgerechnet in den unbequemen Momenten ruhig zu bleiben, zu versuchen, andere Argumente zu verstehen, ihre eigenen zu hinterfragen.

JANA WERNER

Weil Heinrich die verengte Debattenkultur hierzulande stört, initiierte sie vor sechs Jahren einen Talk mit Bürgern, jeden letzten Dienstagabend im Monat, im Stadteilkulturzentrum Sasel-Haus im Nordosten von Hamburg. „Ich musste einfach etwas machen.“ Das Besondere daran: Heinrich redet mit überwiegend ihr unbekanntem Menschen über Politik, Gesellschaft, das Leben – ohne eine Partei, Stiftung oder andere meinungsgebende Veranstalter im Hintergrund. Entsprechend ergebnisoffen gestalten sich ihre Runden, mit wachsendem Zulauf.

„Ich bin jemand, der gern diskutiert und neugierig auf andere Meinungen ist“, beschreibt sich Heinrich selbst, als WELT AM SONNTAG sie begleitet. In ihrer eigenen Blase werde zwar viel debattiert, „aber die Meinungen meines Umfelds kenne ich – spannend ist es, mit fremden Menschen über Themen zu sprechen, von denen ich glaube, dass sie auch andere bewegen“. Siech dafür eine Plattform in den sozialen Medien aufzubauen, hielt die frühere Musikmanagerin für ungeeignet, weil sie „die Art, wie dort debattiert wird – durch schlichtweg unnötig aggressive Kommentare – sehr schlimm“ findet. Also kloppte Heinrich 2019 an die Tür des Sasel-Hauses, stellte ihre Idee vor und darf seither ihren „Talk am Dienstag“ ausrichten – zu dem „ausdrücklich jeder willkommen“ sei.

DENIS FENGLER UND JULIA WITTE GENANNT VEDDER

Man könnte sagen: Abgehakt. Doch so einfach ist es nicht. Denn der Antrag der AfD hatte eine Vorgeschichte, die ein Schlaglicht auf das aktuelle Senatsgebaren wirft. Der Vorgang ist zu eindeutig in ein größeres Muster eingebettet, als dass er sich als Missverständnis abtun ließe. Und die Rechtsaußenfraktion ist nicht die einzige Oppositionspartei, die kritisiert, dass die Regierung Informationen spät, unvollständig, unverständlich oder erst dann übermittelt, wenn die eigene Interpretation bereits etabliert wurde. Auch CDU und Linke berichten seit Monaten von Schwierigkeiten, die sich quer durch mehrere Ressorts ziehen und die Funktionsweise parlamentarischer Kontrolle berühren. Im konkreten Fall hatte die AfD im Herbst 2025 gefragt, ob die Delegitimie-

„Ich möchte einen Raum schaffen, in dem wir wieder lernen, wie eine Debatte funktioniert und zu dem Gedanken zurückkehren, dass Streit zur Demokratie dazugehört“, betont sie. Streit sei nichts Verwerfliches, stehe lediglich für unterschiedliche Meinungen. „Man kann sich inhaltlich auseinandersetzen, ohne persönlich zu werden. Das ist eine gute Übung – auch für mich. Gerade bei Politik, wenn es etwa um Inhalte der AfD geht, musste ich lernen auszuhalten.“

Seit Jahren steht die Debattenkultur in Deutschland unter Druck. Sie wird oft als polarisierend und verroht wahrgenommen, mit einer Tendenz zu ideologischem Lagerdenken, zu Cancel Culture und zum Ausgrenzen Andersdenkender, wie Kritiker beklagen. Insbesondere die Anonymität und Geschwindigkeit des Internets haben zu schnelleren Reaktionen geführt, meist einhergehend mit kollektiver Empörung statt sachlichem Austausch. Der Zwang, bei nahezu jedem Thema eine Meinung äußern zu müssen, behindert den offenen Diskurs.

So ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Ende vergangenen Jahres, dass 46 Prozent der Befragten davon überzeugt sind, man könne seine politische Meinung frei äußern. 44 Prozent gaben an, man solle damit besser vorsichtig sein. Der Allensbach-Forscher Thomas Petersen erklärt, auf die Frage „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ hätten nur 46 Prozent der Menschen geantwortet, man könne seine politische Meinung frei äußern. Das entspreche dem Niveau einer Erhebung von 2021, als 45 Prozent diese Ansicht vertraten.

Petersen stellt heraus, dass die Menschen damit nicht angaben, dass in Deutschland keine Meinungsfreiheit herrsche, wie sie im Grundgesetz verankert sei. Sie hätten aber den Eindruck, dass versucht werde, sie mundtot zu machen, sobald sie etwas sagen, das im öffentlichen Raum als politisch inkorrekt eingestuft werde.

Karin Heinrichs „Talk am Dienstag“ ist ein Ansatz, um eine konstruktive Streitkultur durch Zuhören, Argumentieren auf Augenhöhe, Respekt und die Suche von Gemeinsamkeiten zu fördern und die demokratische Meinungsbildung zu stärken. In dem Format schwingen keine Politiker Wahlkampfreden vor klatschenden Anhängern. Stattdessen tauschen sich hier einmal im Monat in einem schlichten Seminarräum Menschen an Tischen in U-Form sitzend aus, über Sorgen und Nöte, über Entwicklungen im Quartier,



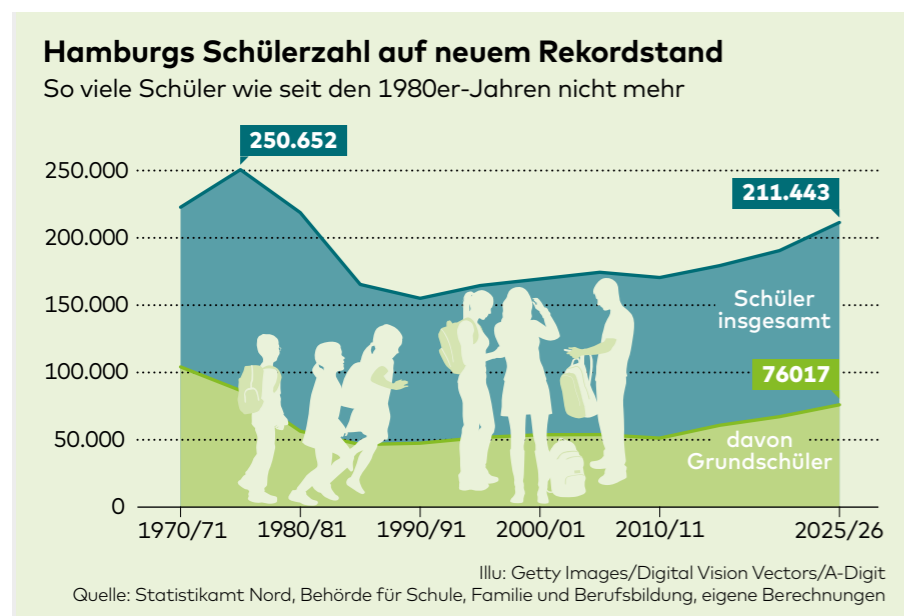
in der Stadt, im Land. Die 90-minütige Debatte wird von vielen in der Gruppe als Erkenntnisgewinn gesehen, nicht als Wettkampf.

„Anfangs waren es größtenteils Frauen, mittlerweile hat sich das Format auch bei Männern herumgesprochen. Gern kommen Paare gemeinsam“, sagt die Initiatorin – und fügt hinzu: „Meist sind wir ungefähr 15 Personen, manchmal stellen wir Stühle dazu. Mehr passen in meinen Lieblingsraum nicht hinein, und die Größe ist ideal – gemütlich und überschaubar.“ Etwa 50 Prozent sind Stammgäste, manche kehren nach einer Pause zurück, viele sind Erstbesucher – allesamt zwischen 30 und 80 Jahren, ebenso gemischt in Herkunft und

Berufsstand. Jeder Teilnehmer zahlt drei Euro pro Talk, das Geld fließt in das Stadteilkulturzentrum Sasel-Haus. Heinrich selbst macht „das sehr gern ehrenamtlich“. Aber sie habe ebenfalls etwas von dem Diskurs: „Auf jedes Thema bereite ich mich zwei bis drei Stunden vor, lese mich intensiv ein.“ Das sei bereichernd – und genau das, was sie sich von dem Format erhofft habe.

immer wieder hat die ausgebildete Wirtschaftsdolmetscherin für Englisch und Französisch auf ihren beruflichen wie privaten Stationen erlebt, wie schlimm Probleme werden, wenn man nicht miteinander spricht. „Am Ende geht es um die alles entscheidenden

DIE GRAFIK DER WOCHE



Hamburg hat 270.904 Schüler in diesem Jahr – so viele wie seit den 1980ern nicht mehr. Zieht man, wie das Statistikamt Nord, Vor- und Berufsschüler sowie Erwachsene ab, ergeben sich die Zahlen aus der Grafik. Die Tendenz bleibt: Nach Rekordzahlen durch die Babyboomer (1970: 104.000 Grundschüler), folgte der „Pillenknick“ und auf ihn viele kleine Jahrgänge. Seit dem Tiefstand der 1990er ging es (meist) bergauf, seit 2010 sogar deutlich. Gründe dafür sind wieder mehr Geburten, aber auch der Zuzug Geflüchteter spielt hinein. juve

DAS ZITAT

DER HVV IST NACH WIE VOR ZIEMLICH NÜCHTERN UNTERWEGS

**RAINER VOHL**, Sprecher des Verkehrsverbundes, sieht trotz vermehrter Verstöße kein Alkoholproblem in den Zügen und Bussen des HVV. Die CDU hatte eine Anfrage anders ausgelegt.

**REGIONALREDAKTION HAMBURG**  
**Redaktionsleiter:** Jörn Lauterbach  
**Managing Editor:** Julia Witte genannt Vedder  
**Layout:** Annette Kociemski  
**Redaktion:** Axel-Springer-Platz 1, 20350 Hamburg, Brieffach 4751  
 Telefon 040 / 34 72 43 33  
 E-Mail: hamburg@welt.de

## Der Kampf um die Wahrheit im Rathaus

AFD, CDU und Linke kritisieren einen neuen Umgang des Senats mit parlamentarischen Anfragen – zentrale Informationen kämen zu spät oder gar nicht



PICTURE ALLIANCE/DPA



# Wo streiten ERLAUBT ist

und Zuhören“. Darin sollen sich die Teilnehmer hierarchiefrei über Politik austauschen. Das wird dadurch erreicht, dass jede Person nacheinander für vier Minuten spricht, während alle anderen nur zuhören. So entstünden „Empathie, Respekt und die Erkenntnis, dass eine demokratische Verständigung möglich ist“, heißt es aus dem Verein.

Heinrich geht es bei ihrem „Talk am Dienstag“ im Sasel-Haus weniger um die Anzahl der Teilnehmer, vielmehr um die Qualität der Gespräche. Als lehrreich erlebte sie etwa die Talks über

schiedliche Diskussionsstile. Aus Erbstoheit oder Unverständnis sei noch kein Diskutant gegangen, wenngleich es bisweilen hitzig werde.

„Die Kunst ist, empathisch und wachsam zu bleiben“, betont Heinrich. Denn besonders spannend seien die leisen Beiträge, kurze, tiefgründige Bemerkungen, Zwischentöne, die sie in der kleinen Gruppe besser aufnehmen könne. Keinesfalls jedoch greift sie ein, um die Debatte zu korrigieren oder in eine Richtung zu lenken. Anstelle dessen versucht sie, die unterschiedlichen Ansätze zu reflektieren und Verständnis füreinander herzustellen.



MAN MUSS  
JEDE MEINUNG  
AUSHALTEN

KARIN HEINRICH  
Veranstalterin

„Demokratie in Zeiten des Klimawandels“, „AfD versus Politik der Mitte“ sowie „Von Realitäten, Trumpismus und Meinungsfreiheit“. „Politische Themen sind fast immer emotional“, beschreibt Heinrich und erklärt: „Da gibt es sehr unterschiedliche Meinungen.“

Selbst wenn lediglich 15 Bürger einmal im Monat miteinander diskutieren, so ist Heinrichs Gruppe über die Jahre ein Spiegelbild der Gesellschaft geworden. Wenn etwa beim Talk „Warum die Welt nach rechts rückt“ ein weit gereister Unternehmer spontan aufsteht und die Gründe für die Entwicklung aus seiner Sicht mit Stichworten am Whiteboard global einordnet. Wenn ein integrierter Migrant um Anerkennung seines beruflichen wie privaten Schaffens hierzulande bittet. Wenn eine Frau mittleren Alters für den Anstoß von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) zur Stadtbild-Debatte dankbar ist, weil sie sich an einigen Stationen im Hamburger ÖPNV mittlerweile unwohl fühlt.

Das Erstaunliche: Im Verlauf der 90 Minuten überträgt sich Heinrichs Toleranz auf ihre Mitdiskutanten, die sich mit zunehmender Dauer ausreden lassen. Heinrich versucht, jedem Raum zu geben. Manche hören nur zu. Andere benötigen Zeit, bis sie Vertrauen fassen und sich äußern. „Der Redeanteil unter den Teilnehmern ist recht ausgeglichen, nur selten muss ich eingreifen. Wenn jemand ins Wort fällt, erinnere ich daran, dass wir uns ausreden lassen“, sagt Heinrich, die hauptberuflich als Coach und Consultant arbeitet. Aggression gebe es in der Gruppe nicht, nur unter-

de Frage: Möchte man wieder aufrichtig zusammenfinden? Wenn ja, muss man sich die Zeit nehmen, sich dem Konflikt stellen und in Ruhe reden – egal ob in einer Beziehung, im Berufsleben oder in der Politik“, sagt Heinrich, die einst in London für eine Plattenfirma Künstler wie Elton John, Dire Straits und Bon Jovi betreute und später in Hamburg Udo Lindenberg, Nena und Rolf Zuckowski. Als selbstständige Managerin entdeckte sie vor 20 Jahren Roger Cicero, arbeitete bis zu dessen Tod mit ihm zusammen.

Heinrich zählt zu jenen Menschen, die grundsätzlich das Gespräch suchen – am Marktplatz, im Supermarkt oder wenn jemand unfreundlich zu einer

In Zeiten digitaler Empörung setzt die Hamburgerin Karin Heinrich auf analogen Austausch. Ihr monatlicher Talk mit Bürgern in einem Stadtteilzentrum zeigt, dass Demokratie durch Zuhören und Aushalten lebendig bleibt. Ein Mosaikstein, um die Gesellschaft wieder miteinander ins Gespräch zu bringen

KassiererIn ist. „Das ist meine Art: zuhören, eingreifen und reden.“ Dass sich viele andere kaum noch Zeit für Gespräche nehmen, empfindet sie als Problem. Umso wichtiger seien Möglichkeiten wie „Talk am Dienstag“. Gewiss können sich in einer Metropole wie Hamburg die Bürger in ihren Stadtteilen in unzähligen Podien, Dialogen und Foren zu diversen Themen einbringen. Sei es bei Stiftungen, Vereinen oder Parteien. Doch ein solch neutrales Angebot wie das von Heinrich ist selten.

Bundesweit veranstaltet unter anderem der Verein Mehr Demokratie jeden ersten Mittwochabend im Monat online das Format „Sprechen

mann noch versucht, Klarheit zu gewinnen. Sein Büro erkundigte sich beim Verfassungsschutz, ob interne Änderungen erfolgt und möglicherweise noch nicht kommuniziert worden seien. „Das mache ich bei Innensenator Grote eigentlich häufig. Der lässt uns oft ins offene Messer laufen“, sagte der AfD-Fraktionschef zu WELT AM SONNTAG. Verfassungsschutzsprecher Daniel Perband antwortete in einer E-Mail, das Thema sei „in der morgigen Bürgerschaftssitzung zur Debatte angemeldet“ und werde „sicherlich die offenen Fragen beantworten“.

Eine derart nichtssagende Reaktion „erwarte ich natürlich nicht von einer seriösen Behörde“, monierte Nockemann anschließend. „Als Oppositionsfraktion haben wir das Recht auf eine lückenlose und transparente Beantwortung unserer Fragen.“ Dieses Kontrollrecht des Parlaments dürfe nicht durch nebulöse Aussagen der Regierung eingeschränkt werden.

Ähnliche Erfahrungen schildert die CDU. Innenexperte Dennis Gladiator spricht von einem systematischen Problem: „Das Fragerecht der Abgeordneten ist eines der zentralen Kontrollinstrumente. Stattdessen beantwortet der Senat Anfragen unvollständig oder falsch. Korrekturen dauern Monate.“ Kritisch sei oft auch die zeitliche Reihenfolge der Kommunikation: „Besonders irritierend ist, wenn Antworten auf Anfragen vorab an die Presse ge-

hen. Die gewünschte Lesart steht dann im Raum, bevor der Fragesteller reagieren kann.“

Auch aus der Linksfraktion kommt Kritik. Die Fraktionsvorsitzende Heike Sudmann beschreibt Sitzungen, in denen Fachbehörden keinerlei Auskunft geben. „In Ausschusssitzungen erleben wir das häufig, nach dem Motto: ‚Egal, mit was ihr kommt, Antworten gibt es von uns nicht.‘ Begründungen wirkten meist vorgeschoben, wie auch bei nicht beantworteten Anfragen: Mal reiche die Zeit nicht aus, mal stünden Betriebsgeheimnisse den Antworten entgegen. Bei umstrittenen Projekten wie dem Elbtower würden tiefgehende Fragen wiederholt nur teilweise beantwortet oder ganz offen gelassen. Der Gang vor die Gerichte komme zwar in Betracht, führe aber nicht weiter: „Die Verfahren dauern so lange, dass die Antworten am Ende unbrauchbar werden.“ Dass es solche Probleme auch unter früheren Regierungen gab, verschweigt Sudmann nicht. „Das war auch unter der CDU-Regierung nicht anders.“

Wie ausgeprägt diese Dynamik inzwischen ist, zeigt ein Blick in die Ressorts. In der Verkehrsbehörde bat der CDU-Abgeordnete Philipp Heißner um Verkehrsdaten für das erste Halbjahr 2025 – Daten, die der Senat in früheren Jahren ohne Schwierigkeiten bereitgestellt hatte. Dieses Mal blieb eine substanzlose Antwort aus. Heißner wandte sich an die Bürgerschaftskanzlei. Bür-

gerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) schrieb an Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), Abgeordnete hätten „grundsätzlich einen Anspruch auf eine inhaltliche Beantwortung der gestellten Fragen“. Die Antworten müssten „wahrheitsgemäß und so vollständig wie möglich“ ausfallen; in konkreten Fällen sei keine Ausnahme erkennbar, die ein Abweichen rechtfertigen würde.

Auch in der Umweltbehörde blieben Fragen offen, etwa zu den Ursachen für die Kostensteigerungen bei der Klärschlammanlage „Vera 2“. In einer anderen Anfrage zur Klimaneutralität 2040 ging es der CDU um erwartete Mehrbelastungen. Konkrete Einschätzungen dazu erhielt die Opposition nicht. Die Behörde verwies auf ein externes Gutachten, das erst später veröffentlicht wurde.

In der Stadtentwicklungsbehörde wurden Auskünfte zum Holsten-Areal unter Hinweis auf „Geschäftsgeheimnisse“ der SAGA abgelehnt, obwohl das Unternehmen der Stadt gehört. Und bei der Schiller-Oper informierte die Behörde nach Darstellung der Linken zu nächst den NDR und über eigene Social-Media-Kanäle, bevor die parlamentarische Antwort verschickt wurde.

Die Sozialbehörde veröffentlichte ihre Presseunterlagen zur Gesundheitsbefragung obdachloser Menschen ebenfalls, bevor die Abgeordneten die zugehörigen Antworten erhielten. Die öffentliche Lesart war damit etabliert,

noch bevor das Parlament Einsicht in die Grundlage nehmen konnte. Dadurch verliert die Bürgerschaft Zeit, Tiefe und ihre zentrale Rolle als Kontrollinstanz.

WELT AM SONNTAG liegen allein aus den vergangenen Monaten fünf formale Beschwerden an den Senat durch die CDU vor, eine weitere von der Linksfraktion. In dieser Woche hat Anna von Treuenfels-Frowein eine Beschwerde zu Antworten auf eine Anfrage eingereicht, in der es um finanzielle Engpässe an der Universität ging. Die CDU-Abgeordnete wirft dem Senat vor, ihre Anfrage praktisch vollständig ins Leere laufen gelassen zu haben. Zu keinem der von ihr abgefragten Punkte habe der Senat Auskunft gegeben. Stattdessen verweise er auf „laufende Kontakte“, historische Mittelsteigerungen oder allgemein gehaltene Haushaltsprozesse. Von Treuenfels-Frowein sieht darin eine Verletzung ihrer verfassungsrechtlich garantierten Kontrollrechte – und fordert die Bürgerschaftspräsidentin auf, den Senat zur Nachbesserung zu verpflichten.

Nicht jede Beschwerde führt dazu, dass es auch eine Rüge an den Senat gibt. Mitunter erkennt die Bürgerschaftskanzlei – nach juristischer Prüfung – auch Recht beim Senat. Bei 2138 beantworteten Anfragen im Jahr 2025 etwa erhielt der Senat neun Rügen durch die Bürgerschaftskanzlei. Auf wie viele unbefriedigend beantwortete Anfragen weitere Anfragen durch die Abge-

ordneten folgten, wird in keiner Fraktion statistisch erfasst. Senatssprecher Christopher Harms betont, der Senat erfülle den verfassungsrechtlichen Auskunftsanspruch des Parlaments „in vollem Umfang und fristgerecht“. Viele Fragen überschritten jedoch diesen Anspruch, berührten interne Rechte des Senats, sensible Interessen oder Persönlichkeitsrechte. Zudem führe „die große Zahl teils extrem detaillierter Einzelfragen“ zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und binde Kapazitäten in Behörden, Bezirken und öffentlichen Unternehmen.

Dass ein anderer Umgang möglich ist, zeigt ein Blick nach Baden-Württemberg. Dort legte die Landesregierung auf Fragen zur polizeilichen Speicherung von Fußballfan-Daten ausführliche Antworten vor, einschließlich Zahlen zu konkreten Delikten. Hamburg beschränkte sich auf Anfrage der Linken auf eine knappe, wenig sagende Vorbemerkung, beantwortete Einzelfragen einfach gar nicht.

Für AfD-Fraktionschef Nockemann ist die Szene in der Bürgerschaft nur ein Beispiel für eine breitere Entwicklung. „Ich bin seit fast 40 Jahren in der öffentlichen Verwaltung, war mal Innensenator. Und ich muss sagen, so arbeitet man nicht, das ist ein neuer Politikstil.“ Das Neutralitätsgebot werde zunehmend verletzt und durch ein neues, angebliches Sachlichkeitsgebot ersetzt. Zudem werde mit Informationen Politik

gemacht. „Wenn der Senat der Opposition zentrale Informationen verweigert, sie der Regierungsfraktion jedoch vorab mitteilt und zugleich gegenüber der Öffentlichkeit den tatsächlichen Sachverhalt verschleierte, ist das ein schwerwiegender Vorgang.“ Die AfD sei klar benachteiligt worden.

Zur Aufklärung der Vorgänge stellte die AfD eine neue Anfrage an den Senat. Die Antwort kam in dieser Woche. Die Darstellung in der Bürgerschaftssitzung und in der Drucksache von September sei „sachlich korrekt“, heißt es darin. Denn es sei nie bestritten worden, „dass das Beobachtungsobjekt weiterhin besteht und seit Mitte vergangenen Jahres ohne Zuordnung zu einem Phänomenbereich fortgeführt wird. Lediglich der gleichnamige Phänomenbereich besteht nicht mehr.“ WELT AM SONNTAG erklärte Verfassungsschutzsprecher Daniel Perband: „Wir schauen sehr genau auf die konkrete Fragestellung.“ Und die AfD fragte an, ob der Senat die Einschätzung Sachsens teile, dass die Kategorie Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates als eigenständiger Phänomenbereich verzichtbar sei. Wenn nein, warum nicht? Und darauf werde in der Antwort eingegangen. „Gefragt wurde nicht, ob der Phänomenbereich noch da ist.“ Tatsächlich werde eine „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ unverändert weiterbearbeitet, „worauf in der Antwort auch hingewiesen wurde.“